

Germany-Düsseldorf: Legal advisory services

OJ S 189/2021 29/09/2021

Contract notice**Services****Legal Basis:**

Directive 2014/24/EU

Section I: Contracting authority

I.1. Name and addresses

Official name: Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen

Postal address: Berger Allee 25

Town: Düsseldorf

NUTS code: DEA11 Düsseldorf, Kreisfreie Stadt

Postal code: 40213

Country: Germany

E-mail: zentrale-Vergabestelle@mwide.nrw.de

Telephone: +49 211617720

Fax: +49 21161772795

Internet address(es):

Main address: <https://www.wirtschaft.nrw>

I.3. Communication

The procurement documents are available for unrestricted and full direct access, free of charge, at: <https://www.evergabe.nrw.de/VMPSatellite/notice/CXS7YYFYLS/documents>

Additional information can be obtained from the abovementioned address

Tenders or requests to participate must be submitted electronically via: <https://www.evergabe.nrw.de/VMPSatellite/notice/CXS7YYFYLS>

I.4. Type of the contracting authority

Regional or local authority

I.5. Main activity

Economic and financial affairs

Section II: Object

II.1. Scope of the procurement**II.1.1. Title**

Rahmenvereinbarung für Rechtsberatungsleistungen für den Beauftragten/ die Beauftragte für Informationstechnik (Chief Information Officer - CIO)

Reference number: 2021-069

II.1.2. Main CPV code

79111000 Legal advisory services

II.1.3. Type of contract

Services

II.1.4. Short description

Gegenstand des Auftrags ist eine Rahmenvereinbarung über Rechtsberatungsleistungen für den Beauftragten/ die Beauftragte für Informationstechnik (CIO). Die Dienstleistungen bestehen aus Beratungsleistungen zu rechtlichen Fragestellungen in den folgenden Rechtsgebieten:

- Datenschutzrecht
- IT-Recht
- Lizenzrecht
- Personalvertretungsrecht

Bei den Fragestellungen zum Personalvertretungsrecht geht es vor allem um Mitwirkungs- und Beteiligungsrechte der Personalvertretung im Hinblick auf Digitalisierungsvorhaben.

- Verwaltungsverfahrensrecht

Bei den Fragestellungen im Verwaltungsverfahrensrecht geht es vor allem um die Prüfung des Umsetzungsbedarfs aus Verordnungen und Richtlinien in Landesrecht im Hinblick auf Digitalisierungsvorhaben sowie die elektronische Kommunikation, Bekanntgabe, Veröffentlichung und Form.

In Einzelfällen kann sich die Notwendigkeit zu Beratungsleistungen in angrenzenden Rechtsgebieten zu den oben genannten ergeben.

Auslegungsfragen zum EGovG NRW gehören nicht zum Leistungsumfang.

II.1.5. Estimated total value

II.1.6. Information about lots

This contract is divided into lots: no

II.2. Description

II.2.3. Place of performance

NUTS code: DEA11 Düsseldorf, Kreisfreie Stadt

Main site or place of performance: Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen Berger Allee 25 40213 Düsseldorf

II.2.4. Description of the procurement

Die zu erbringenden Leistungen umfassen:

a) Bearbeitung von ad hoc Anfragen. Gemeint sind eher einfache schriftlich oder fernmündlich gestellte Anfragen des Auftraggebers, die innerhalb einer Bearbeitungszeit von 60 Minuten entweder fernmündlich oder im Wege einer einfachen schriftlichen Stellungnahme beantwortet werden können.

b) Bearbeitung von komplexen Fragestellungen. Gemeint sind schriftlich gestellte Anfragen des Auftraggebers, die nicht innerhalb einer Bearbeitungszeit von 60 Minuten beantwortet werden können. Es geht um Fragestellungen, die zwar komplexer sind, aber in der Regel innerhalb einer Bearbeitungszeit von maximal 3 Tagen bearbeitet werden können und die nicht die Aufarbeitung im Rahmen eines Rechtsgutachtens erfordern.

c) Erstellung von jährlich bis zu vier einzelfallbezogenen Rechtsgutachten aus den o.g. Rechtsbereichen (max. 100 Seiten pro Rechtsgutachten).

Der Auftrag beginnt am 1. des Monats nach der Erteilung des Zuschlags und endet spätestens vier Jahre nach Zuschlagserteilung.

Die erbrachten Leistungen oder wesentliche Inhalte dieser Leistungen dürfen nicht - auch nicht in gekürzter oder in anderer Weise geänderter Form - ohne die Zustimmung des Auftraggebers veröffentlicht oder anderweitig vom Auftragnehmer genutzt werden.

Leistungsabrufe können ausschließlich durch das für E-Government-Recht zuständige Referat beim CIO (Auftraggeber) erfolgen.

Die Leistungen sind im Regelfall am Kanzleisitz des Auftragnehmers zu erbringen.

Das Vorgehen bei der Erbringung von Rechtsberatungsleistungen für einfache fernmündliche und schriftliche Rückfragen und einfache schriftliche rechtliche Stellungnahmen unterscheidet sich vom Vorgehen beim Abruf von komplexen Fragestellungen und Rechtsgutachten.

Es sind je nach zu erbringender Leistung folgende Schritte maßgeblich:

a) Abruf von einfachen Rechtsberatungsleistungen (ad hoc Anfragen):

1. Der Auftraggeber übermittelt in der Regel telefonisch oder per Mail einen spezifischen, konkreten Beratungsbedarf an den Auftragnehmer.
2. Es erfolgt eine unmittelbare Leistungserbringung.
3. Die Abnahme der erbrachten Leistungen erfolgt durch den Auftraggeber.
4. Die ordnungsgemäße Erbringung der Leistungen ist monatlich vor der Rechnungslegung zu dokumentieren und durch den Auftraggeber schriftlich zu bestätigen.
5. Die Rechnungslegung hat gegenüber dem Auftraggeber quartalsweise zu erfolgen. Dabei sind auch die bestätigten Dokumentationen beizufügen.

Die Beurteilung, ob es sich bei der zu erbringenden Leistung um die Bearbeitung einer innerhalb von 60 Minuten zu klärenden ad hoc Anfrage handelt oder ob es sich um eine komplexe Fragestellung handelt, erfolgt durch den Auftragnehmer. Erfordert eine als ad hoc Anfrage gestellte Anfrage nach Auffassung des Auftragnehmers einen höheren Zeitaufwand, teilt er dies dem Auftraggeber mit. In diesem Fall sind die im Folgenden für komplexe Fragestellungen festgelegten Schritte durchzuführen.

b) und c): Abruf von komplexen Fragestellungen und Rechtsgutachten:

1. Der Auftraggeber übermittelt einen spezifischen Leistungsbedarf für bestimmte Rechtsfragen an den Auftragnehmer. Dabei wird dem Auftragnehmer auch mitgeteilt, welche Qualitätserwartungen und Abnahmekriterien für das Projektvorhaben zugrunde gelegt werden. Auf dieser Grundlage reicht der Auftragnehmer beim Auftraggeber innerhalb von zwei Werktagen ein Angebot mit einer Aufwandsschätzung ein. Diese Aufwandsschätzung bildet die Obergrenze der Vergütung.
2. Das eingereichte Angebot wird durch den Auftraggeber geprüft. Geprüft wird, ob der angebotene Leistungsumfang mit dem Leistungsbedarf konvergiert. Nach positiver Prüfung bildet das eingereichte Angebot die Grundlage für den projektspezifischen Abruf der angebotenen Leistung aus der Rahmenvereinbarung.
3. Die Beauftragung erfolgt durch den Auftraggeber in Textform per E-Mail an den Auftragnehmer.
4. Bei der Abnahme der erbrachten Leistung wird geprüft und festgestellt, ob die Qualitätserwartungen den vorab definierten Abnahmekriterien entsprechen. Die Abnahme ist Voraussetzung dafür, dass die Schlussrechnung gestellt werden kann. Sie erfolgt in Textform per E-Mail durch den Auftraggeber an den Auftragnehmer. Der Schlussrechnung sind Nachweise der Stundenaufwände beizufügen.

II.2.5. Award criteria

Price is not the only award criterion and all criteria are stated only in the procurement documents

II.2.6. Estimated value

II.2.7. Duration of the contract, framework agreement or dynamic purchasing system

Duration in months: 48

This contract is subject to renewal: no

II.2.10. Information about variants

Variants will be accepted: no

II.2.11. Information about options

Options: no

II.2.13. Information about European Union funds

The procurement is related to a project and/or programme financed by European Union funds:
no

II.2.14. Additional information

Section III: Legal, economic, financial and technical information

III.1. Conditions for participation

III.1.2. Economic and financial standing

List and brief description of selection criteria:

Einzureichende Unterlagen:

- Bankerklärung zum Nachweis der Bonität des Bieters (nicht älter als 1 Jahr) (mit dem Angebot mittels Dritterklärung vorzulegen): Zum Nachweis der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit:

Bankerklärung zum Nachweis der Bonität des Bieters (max. ein Jahr alt).

III.1.3. Technical and professional ability

List and brief description of selection criteria:

Einzureichende Unterlagen:

- Referenzen (mit dem Angebot mittels Eigenerklärung vorzulegen): Zum Nachweis der beruflichen Leistungsfähigkeit:

- Jeweils zwei Referenzen aus den Rechtsgebieten Datenschutzrecht, IT-Recht, Lizenzrecht und Verwaltungsrecht, die eine vertiefte Rechtskenntnis belegen (Abrechnungsvolumen für die Anwaltsleistung von mindestens 20 TEURO netto pro Referenz).

- Eine Referenz aus dem Rechtsgebiet Personalvertretungsrecht, welche eine vertiefte Rechtskenntnis belegt (Abrechnungsvolumen für die Anwaltsleistung von mindestens 20 TEURO netto pro Referenz).

- Des Weiteren muss mindestens eine Referenz zu in Art und Dauer der ausgeschriebenen Beratungsleistungen vergleichbaren Beratungsaufträgen in der öffentlichen Verwaltung eingereicht werden.

Die Referenzen müssen zudem folgende Voraussetzungen erfüllen:

- Referenzen über Leistungen aus separaten Verträgen (keine Einzelabrufe aus Rahmenverträgen) und

- Ausführungszeitraum 2018 bis zum Ausschreibungsbeginn.

Minimum level(s) of standards possibly required:

siehe unter kurze Beschreibung der Bedingungen

III.2. Conditions related to the contract

III.2.1. Information about a particular profession

Execution of the service is reserved to a particular professionReference to the relevant law, regulation or administrative provision:

§ 3 Bundesrechtsanwaltsordnung (BRAO)

III.2.3.

Information about staff responsible for the performance of the contract

Obligation to indicate the names and professional qualifications of the staff assigned to performing the contract

Section IV: Procedure

IV.1. Description

IV.1.1. Type of procedure

Open procedure

IV.1.3. Information about a framework agreement or a dynamic purchasing system

IV.1.8. Information about the Government Procurement Agreement (GPA)

The procurement is covered by the Government Procurement Agreement: yes

IV.2. Administrative information

IV.2.2. Time limit for receipt of tenders or requests to participate

Date: 29/10/2021 Local time: 10:00

IV.2.3. Estimated date of dispatch of invitations to tender or to participate to selected candidates

IV.2.4. Languages in which tenders or requests to participate may be submitted

German

IV.2.6. Minimum time frame during which the tenderer must maintain the tender

Tender must be valid until: 30/12/2021

IV.2.7. Conditions for opening of tenders

Date: 29/10/2021 Local time: 10:00

Section VI: Complementary information

VI.1. Information about recurrence

This is a recurrent procurement: no

VI.2. Information about electronic workflows

Electronic ordering will be used

VI.3. Additional information

Einzureichende Unterlagen:

- Anforderungen zur Bewertung des Angebotspreises (mit dem Angebot mittels Eigenerklärung vorzulegen): a) Fiktiver Gesamtpreis (in Brutto- und Netto) für die feste Vertragslaufzeit von vier Jahren für die unter II.1. der Leistungsbeschreibung zu erbringenden Leistungen. Dabei ist eine durchschnittliche Stundenzahl von 1.080 Stunden jährlich zugrunde zu legen.

In den Gesamtkosten müssen sämtliche Fremd- und Nebenkosten (z.B. Reisekosten, Post- und Fernspreckgebühren, Druck- und Versandkosten, Bürokosten, Versicherungsprämien, Verbrauchs- und Arbeitsmittel) enthalten sein.

Die spätere Abrechnung erfolgt auf Basis der tatsächlich angefallenen und abrechenbaren Stunden.

b) Stunden-/Tagessätze

Dem Angebot sind die Angabe der Stunden- und Tagessätze (auf Basis 8 Stunden = 1 Tag) des für den Auftrag eingesetzten Personals beizufügen.

- Anforderungen zur inhaltlichen, qualitativen Bewertung der Angebote (mit dem Angebot mittels Eigenerklärung vorzulegen): Für die inhaltliche, qualitative Bewertung des Angebotes ist vom Bieter ein Personaleinsatzkonzept vorzulegen, das auf folgende Punkte eingeht:
 - a) Namentliche Nennung aller Personen des Projektteams, die die Rechtsberatungsleistungen in den unter Ziffer II.1 der Leistungsbeschreibung genannten fünf Rechtsgebieten erbringen sollen. Vorzulegen sind aussagekräftige Lebensläufe dieser Personen. Aus ihnen müssen die Qualifikation und Erfahrung der jeweiligen Personen in dem fraglichen Rechtsgebiet hervorgehen. Erwartet wird, dass für jedes oben genannte Rechtsgebiet mindestens eine Person vorgesehen ist, die über eine mindestens dreijährige Berufserfahrung in fraglichem Rechtsgebiet verfügt.
 - b) Organisation des Projektteams: hierzu gehören insbesondere Aussagen zur Erreichbarkeit der zum Projektteam gehörenden Personen sowie Aussagen zu Vertretungsregelungen bei Abwesenheit und zum Wissenstransfer innerhalb des Teams. Erwartet werden außerdem Aussagen dazu, wie sichergestellt wird, dass die Anfragen zeitnah bzw. innerhalb einer dem jeweiligen Umfang entsprechenden angemessenen Frist bearbeitet werden.
- Ausgefülltes Angebotsschreiben (Formular 324 EU) (mit dem Angebot mittels Eigenerklärung vorzulegen)
- Bei Angebotsabgabe als Bietergemeinschaft (mit dem Angebot mittels Eigenerklärung vorzulegen): Ausgefüllte Bewerber- / Bietergemeinschaftserklärung (Formular 531 EU)
- Bei Angebotsabgabe mit Unteraufträgen mit oder ohne Eignungsleihe (mit dem Angebot mittels Eigenerklärung vorzulegen): Sollten Sie beabsichtigen, Teile des Auftrages an einen Nachunternehmer zu vergeben, so sind zusätzlich die Erklärungen Unteraufträge /Eignungsleihe (Formular 532 EU) und die Verpflichtungserklärung Nachunternehmer (Formular 533 EU) auszufüllen und mit dem Angebot vorzulegen. Dies ist auch der Fall, wenn Sie beabsichtigen, zum Nachweis Ihrer Eignung in Hinblick auf die wirtschaftliche und finanzielle bzw. technische und berufliche Leistungsfähigkeit die Kapazitäten von Nachunternehmern in Anspruch zu nehmen.
- Erklärung zur Akzeptanz des Vertragsentwurfs (formlose Eigenerklärung) (mit dem Angebot mittels Eigenerklärung vorzulegen): Sollte der Vertragsentwurf ausnahmsweise aus berechtigten Gründen nicht akzeptiert werden (können), können Änderungsvorschläge formuliert werden. Für diese muss eine rechtliche und/oder sachliche Notwendigkeit bestehen, die vom Bieter darzulegen und zu begründen ist. Ein Anspruch auf Umsetzung etwaiger Änderungsvorschläge ist hiermit nicht verbunden.
- Erklärung zur Akzeptanz des Vertragsentwurfs zur Auftragsdatenverarbeitung gemäß Art. 28 DSGVO (formlose Eigenerklärung) (mit dem Angebot mittels Eigenerklärung vorzulegen): Sollte der Vertragsentwurf zur Auftragsverarbeitung ausnahmsweise aus berechtigten Gründen nicht akzeptiert werden (können), können Änderungsvorschläge formuliert werden. Für diese muss eine rechtliche und/oder sachliche Notwendigkeit bestehen, die vom Bieter darzulegen und zu begründen ist. Ein Anspruch auf Umsetzung etwaiger Änderungsvorschläge ist hiermit nicht verbunden.

Bekanntmachungs-ID: CXS7YYFYLS

VI.4. Procedures for review

VI.4.1. Review body

Official name: Vergabekammer Rheinland

Postal address: Zeughausstraße 2-10

Town: Köln

VI.4.3. Review procedure

Precise information on deadline(s) for review procedures:

Sieht sich ein am Auftrag interessiertes Unternehmen durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften in seinen Rechten verletzt, ist der Verstoß unverzüglich beim MWIDE NRW zu rügen (§ 160 Abs. 3 Nr. 1 Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB)). Verstöße, die aufgrund der Bekanntmachung oder der Vergabeunterlagen erkennbar sind, müssen spätestens bis zu der in der Bekanntmachung genannten Frist zur Abgabe der Teilnahmeanträge bzw. der in den Angebotsunterlagen genannten Frist zur Angebotsabgabe gegenüber dem MWIDE NRW geltend gemacht werden (§ 160 Abs. 3 Nr. 2-3 GWB). Teilt das MWIDE NRW dem Unternehmen mit, seiner Rüge nicht abhelfen zu wollen, so besteht die Möglichkeit innerhalb von 15 Tagen nach Eingang der Mitteilung einen Antrag auf Nachprüfung bei der Vergabekammer zu stellen. Bieter, deren Angebote für den Zuschlag nicht berücksichtigt werden sollen, werden vor dem Zuschlag gem. § 134 GWB darüber informiert. Ein Vertrag darf erst 15 Kalendertage nach Absendung dieser Information durch das MWIDE NRW geschlossen werden; bei Übertragung per Fax oder auf elektronischem Weg beträgt diese Frist 10 Kalendertage. Sie beginnt am Tag nach Absendung der Information durch das MWIDE NRW.

VI.5. Date of dispatch of this notice

24/09/2021